

- Sie wurde erleichtert durch gewisse Inkonsequenzen der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Westen.
2. Vergangenheit kam in diesem Antifaschismus höchst selektiv in den Blick. Teilweise wurde Geschichte verfälscht, teilweise höchst einseitig betrachtet. Die Legitimationsinteressen der SED, insbesondere ihrer Führungsgruppen, prägten unmittelbar das Geschichtsbild.
  3. Der Antifaschismus wurde geradezu zu einer säkularisierten Religion ausgebaut. Zwar gibt es auch in westlichen Ländern so etwas wie Zivilreligionen. Diese politische Religion jedoch hatte spezifische Züge und Funktionen, vor allem die der Unterordnung unter den Willen der Partei bzw. Parteiführung.
  4. Der Antifaschismus wurde teilweise von jugendlichem Idealismus mitgetragen und hat diesen wohl auch gefördert. Er trug zur Beschaffung von Loyalität gegenüber dem SED-System lange Zeit bei.
  5. Der Antifaschismus blockierte die Aufarbeitung des Stalinismus ungleich mehr als daß er diese förderte, was durch den historischen Antifaschismus, der teilweise mit dem Stalinismus amalgamiert war, ebenso bedingt war wie durch die post-stalinistische Parteiherrschaft. Es gelang der DDR nicht, die emanzipatorischen Potentiale des Antifaschismus zu entfalten.
  6. In nicht unbeträchtlichem Maße hemmte der Antifaschismus oppositionelles Denken und Handeln und wurde nicht selten zur Denunziation politischer Gegner der SED und der SED-Führung verwandt. Er wirkte damit geradezu antidemokratisch.

Ein spezifischer Antifaschismus war konstitutives Element der SED-Diktatur.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Der nächste Redner ist Herr Dr. Fippel, bitte.

**Dr. Günter Fippel:** Als Leser der „Täglichen Rundschau“ am 28. März 1947 ihre Zeitung aufschlugen, lasen sie auf Seite 2 zu ihrer Erleichterung, daß es den wachsamen Organen der „antifaschistisch-demokratischen“ Ordnung einmal mehr gelungen war, ein Waffenlager ehemaliger Nazis auszuheben. Mit vier anderen seien auch die Studenten Wradzidlo und Klein „wegen geheimer faschistischer Tätigkeit, Aufbewahrung von Waffen und anderer Verbrechen“ verhaftet worden.

Dieser öffentliche Vorwurf, der jede Solidaritätsbekundung mit den Eingekerkerten von vornherein ausschloß, verkehrte die Wahrheit in ihr genaues Gegenteil.

Wer war Georg Wradzidlo wirklich?

Nach dem 20. Juli 1944 war der damalige Oberleutnant als Mitglied einer Widerstandsgruppe der Wehrmacht verhaftet und in das KZ Buchenwald eingeliefert worden. Lediglich das Kriegsende rettete ihn vor dem Kriegsgericht. Er begann an der wiedereröffneten Berliner Lindenuniversität ein Medizin-

studium und wurde Leiter der CDU-Studentengruppe sowie der „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten“. In dieser Eigenschaft protestierte er am 1. Mai 1946 gegen die Vereinnahmung der Universität durch die SED. Tags darauf wurde er seines Postens enthoben, am 13. März 1947 verhaftet und im Dezember 1948 von sowjetischen Militärriechtern zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Mit Manfred Klein verhielt es sich ähnlich.

Zwei weitere Beispiele:

Im Sommer 1938 flüchtete Hannelore Goldschmidt aus Leipzig vor anti-semitischer Verfolgung nach Bolivien. Von hier aus wirkte sie mit ihrem Ehemann Paul Baender in der Bewegung „Freies Deutschland“ über Presse und Rundfunk für den Sturz der nationalsozialistischen Diktatur. Dank Paul Merkers Engagement durfte sie nach langem Tauziehen 1947 in die Ostzone zurückkehren. Im November 1952 wurde sie in Ostberlin unter der aberwitzigen Beschuldigung inhaftiert, „für den Faschismus . . . gearbeitet zu haben“.<sup>1</sup> Ihre erste Vermutung, die Nazis seien wieder dran, erhielt neue Nahrung, als sie von Vernehmern der DDR-Staatssicherheit mit übelsten antisemitischen Beschimpfungen bedacht wurde.<sup>2</sup>

Im Oktober 1954 wurde Willi Rehfeld, welcher den Nazis durch eine Auswanderung nach Palästina entkommen konnte und 1949 nach Westberlin zurückgekommen war, vom Ostberliner Stadtgericht wegen „neofaschistischer Betätigung“ zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt, nur weil er während des 2. Deutschlandtreffens einigen FDJlern Schokolade und Fahrgeld zum Besuch Westberlins angeboten hatte.<sup>3</sup>

Die hier angeführten Fakten wurden einer Kartei entnommen, mit deren Aufbau ich kurz nach dem XXIII. Parteitag der KPdSU (1961) begann und die gegenwärtig biographische Angaben über mehr als 27.000 Opfer des Stalinismus umfaßt.

Analysiert wurden alle erreichbaren schriftlichen Zeugnisse (von Enzyklopädien über historische Abhandlungen, Biographien und Memoiren bis hin zur knappen Pressenotiz), und die jeweiligen Informationen (Namen, Lebensdaten, sozialer und politischer Status, Gründe, Art und Folgen der Repressionen) wurden auf Karteikarten gespeichert (siehe Anlage).

Das Untersuchungsverfahren macht sich den Umstand zunutze, daß Literatur (im weitesten Sinne) unter anderem Spiegelbild gesellschaftlicher Verhältnisse ist und die lebendige Vielfalt des Lebens wiederholt. Da nach den Gesetzen

1 W. Kießling: Der Fall Baender. Berlin 1991, S. 167.

2 Vgl. ebenda. S. 168

3 Vgl. Katalog des Unrechts. Hg. vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen. Berlin (1957)

der Statistik ein 27.000 Einzelschicksale umfassender Ausschnitt der Wirklichkeit eine repräsentative Größe darstellt, sind auch in bezug auf unsere Themenstellung verwertbare Erkenntnisse zu erwarten.

Es liegt auf der Hand, daß das Wissen über das Leben (und Sterben) von 27.000 schuldlosen Menschen, die in den Folterhöhlen des NKWD, im sibirischen Eis, in den Speziallagern der Sowjetischen Besatzungszone, in den Fängen der Staatssicherheit Entsetzliches erlitten und zum großen Teil auf unmenschliche Weise umgebracht wurden (in der UdSSR zu mindestens 90 Prozent), nicht ohne Einfluß auf das eigene Weltbild bleiben konnte (Dieses Umdenken begann lange vor dem Herbst 1989).

Bei der Auswertung der empirischen Daten war von besonderem Interesse, aus welchen Gründen bestimmte Personen, die bereits vom NS-Regime aus rassistischen und/oder politischen Gründen verfolgt wurden – oft weil sie aktiven Widerstand geleistet hatten – im sogenannten antifaschistisch-demokratischen Deutschland neuerlichen Repressalien ausgesetzt waren, d. h. in den Selbstmord getrieben wurden, in Speziallagern, Zuchthäusern und Gefängnissen litten. Dem Vortrag liegen also die empirisch gewonnenen Daten von Persönlichkeiten zugrunde, die Opfer des Naziregimes u n d des Stalinismus wurden.

Im Schrifttum fand ich bisher biographische Angaben über 210 Personen, auf welche dies zutraf.

17,1 Prozent verloren dabei ihr Leben.

Mindestens 25,2 Prozent der zweifach Verfolgten waren Juden.

Jeder fünfte aller von mir dokumentierten jüdischen Mitbürger, die das Dritte Reich überlebt hatten und in die zweite Verfolgungswelle gerieten, kamen im „antifaschistischen“ System Ulbrichtscher Prägung zu Tode: Paul Bertz, Lex Ende, Rudolph Feistmann, Kurt Lichtenstein, Hermann Löwenthal, Walter Lustig, Erich Nelhans u. a.

Es erscheint dabei unerheblich, daß die neuerliche Hetzjagd nicht mit Rassen- sondern mit Klassenkampf begründet wurde und anstelle der arischen die proletarische Reinheitslehre trat (um ein Wort Wolfgang Natoneks abzuwandeln).

(Die Zahlen wären übrigens um ein Mehrfaches höher, zählte man diejenigen hinzu, die sich kurz vor ihrer Inhaftierung in die Bundesrepublik retten konnten oder die „nur“ ihrer Positionen enthoben und mit anderen ökonomisch-politischen Sanktionen belegt wurden).

Zunächst fällt auf, daß fast alle NS-Verfolgten, die neuen, diesmal stalinistischen Repressalien zum Opfer fielen, nämlich 91,4 Prozent der dokumentierten Personen, das Nazi-Regime in Deutschland und/oder vom westlichen Ausland her bekämpft hatten. Sie handelten vom Kreml unabhängig und lediglich ihrem eigenen Gewissen verpflichtet. Sie blieben auch in den Jahren 1939 bis 1941

kompromißlose Gegner des nazistischen Gewaltregimes, als es moskautreuen Nazigegnern strikt untersagt war, die Freundschaft zwischen Stalin und Hitler durch NS-feindliche Aktivitäten zu beflecken. Selbst die politische Moral der nach dem Krieg aus KZ und Westemigration zurückkehrenden Kommunisten, wengleich sie die Sowjetunion bis 1939 noch als eine „ver zweifelte ferne Hoffnung mythisierten“<sup>4</sup>, hatte nichts mehr mit Stalins Auffassung von Demokratie und Sozialismus, Faschismus und Antifaschismus gemein.

Dies bekannte Joseph Scholmer, der 1933 von Nazis gefoltert wurde und nach 1945 den bitteren Weg der Erkenntnis bis nach Workuta jenseits des Nördlichen Polarkreises ging. Dort traf er neben vielen Juden auch drei deutsche Altkommunisten (Gribowski, Jares, Prieb), die ihre antifaschistische Gesinnung in den Schützengräben Spaniens unter Beweis gestellt hatten.

Ihre Verhaftung und Deportation erfolgte unmittelbar an Aussprachen mit Pieck, Ulbricht und Honecker, denen gegenüber sie ihre Weigerung begründet hatten, in einem Gemeinwesen Stalinscher Prägung politische Verantwortung zu übernehmen.<sup>5</sup>

Weitere Personengruppen, die sich als aktive Gegner des Nationalsozialismus ausweisen konnten und dennoch (oder besser: deshalb?) in das Räderwerk der Willkür gerieten, waren (nach der Häufigkeit):

- Zeugen Jehovas (31),
- Teilnehmer an der Verschwörung des 20. Juli (15),
- Mitglieder der Bewegung „Freies Deutschland“ (12),
- Freiwillige im spanischen Bürgerkrieg, in der Benesch-Armee, in der Resistance u. a. (11).

Sie wurden von Leuten, welche in der Vergangenheit mehrfach mit dem Nazismus kollaboriert hatten bzw. selbst ehemalige aktive Nationalsozialisten waren und sich „Antifaschisten“ nannten, als „Faschisten“ verleumdet und verfolgt, weil sie wirkliche, im Widerstand gegen Hitler und Stalin erprobte Antifaschisten waren. Je mehr Einzelschicksale untersucht werden konnten, desto weniger war zu übersehen, daß das Begriffspaar Faschismus/Antifaschismus in zwei Qualitäten auftritt: einmal als real gegeben, im anderen Fall als vorwiegend verbal vorhanden, als gefälscht.

Wirkliche Antifaschisten kämpften gegen jede Form des Faschismus (als Oberbegriff für: nach dem Führerprinzip organisierte, extrem nationalistische, antiliberale, antimarxistische, inhumane Bewegung und Herrschaftssysteme), sie waren auch (potentielle) Gegner des Stalinismus.

Für Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg gab es in bezug auf ihr Feindbild kaum Unterschiede, ob spanische Francisten vor ihnen, italienische Faschisten

4 J. Scholmer: Die Toten kehren zurück. Köln/Berlin 1954, S. 139

5 Vgl. ebenda, S. 100–102, 176–179

und deutsche Nationalsozialisten über ihnen oder sowjetische Tscheaken hinter ihnen auf sie schossen. (Es ist ja bekannt, daß NKWD-Trupps 1937 in Spanien mehr Freiwillige in der Etappe als „Trotzkisten“ liquidierten, als an der Front fielen.)

Auch in Deutschland standen sich Antifaschisten und „Antifaschisten“ diametral gegenüber.

Es hat sich eingebürgert, die eine Form als „echt“, die andere als „unecht“ zu bezeichnen. Hinsichtlich des Wirksamwerdens dieser zwei Versionen im gesellschaftlichen Leben der SBZ/DDR sind deutlich vier Phasen zu unterscheiden:

Erstens: Die Jahre zwischen 1945 und 1947 können als die Phase der scheinbaren Koexistenz beider Strömungen angesehen werden. Falsche Antifaschisten und wirkliche Nazigeegner nehmen Führungspositionen ein, üben Einfluß aus. Während Ulbricht die Losung ausgibt „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“<sup>6</sup>, bemüht sich Paul Merker im Parteivorstand der SED um die Rückkehr der (meist jüdischen) Westemigranten, um die Rückgabe der 1933 und danach enteigneten jüdischen Vermögenswerte, um die Durchsetzung demokratischer Prinzipien. „Ich war davon überzeugt, aus der SED eine wirklich sozialistische und demokratische Partei zu machen“<sup>7</sup>, bekannte Paul Baender, der wie Merker an der Bewegung „Freies Deutschland“ teilnahm, im Rückblick.

Aber die Weichen waren bereits gestellt. Das drückte sich auch im Sprachgebrauch aus.

Der Zeitzeuge Horst Mende (von den Nazis zu 5 Jahren, von Ulbrichts Leuten zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt) erinnert sich:

Das Wortpaar Faschismus/Antifaschismus wurde im Alltag bis etwa Ende 1947 kaum verwendet; man sprach allgemein von Nazis und Nazigeegnern. Es waren NKWD-Offiziere, die den Anstoß zum inflationären Gebrauch des Wortes „Faschist“ gaben; und gemeint war jeder, der sich der Linie des Kreml entgegenstellte. Zu „Antifaschisten“ wurden hingegen alle gemacht – ungeachtet ihres weltanschaulichen Werdegangs, also auch die frisch gewendeten Nazis vom „Nationalkomitee Freies Deutschland“ –, sofern sie Stalins Politik und Ideologie bedingungslos anerkannten und unterstützten.

Schon 1945 war also erkennbar, wer die Oberhand behalten würde. Leiter der NKWD-Sektion der Sowjetischen Militäradministration war Shukows Stellvertreter und Stalins rechte Hand, General Serow. Dieser berüchtigte Antisemit, verantwortlich u. a. für die Deportation von 600.000 Juden aus dem 1939 okkupierten Ostpolen, ging ohne zu zögern daran, Stalins Doktrin

6 W. Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Leipzig 1990, S. 406

7 Zit. bei W. Kießling, a.a.O., S. 60

„Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armee vordringen kann“<sup>8</sup> in der Ostzone umzusetzen.

67 von 96 dokumentierten NS-Gegnern, also 70 Prozent, welche von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt oder in Speziallagern interniert wurden, gerieten bereits zwischen 1945 und 1947 in die Fänge des NKWD bzw. ihrer Nachfolgeeinrichtungen, darunter 15 Juden (Auerbach, Glückseliger, Hirschfeld, Kohn, Krausz, Löwenthal, Zeiler u. a.).

Hermann Löwenthal (SPD-Mitglied seit 1920, während des Dritten Reiches im KZ Buchenwald festgehalten, nach 1945 Betriebsgruppenleiter im Berliner Magistrat) wurde im Juni 1946 unmittelbar nach seiner Weigerung, den Parteiausweis auf SED umstempeln zu lassen, verhaftet und als „ruchloser Nazispitzel“ (Tägliche Rundschau, 18.9.1946) zu 10 Jahren Arbeitslager, aus dem es kein Zurück gab, verurteilt.

Schlimm erging es auch Ludwig Auerbach. Der Sohn eines jüdischen Arztes hatte 53 Familienangehörige in Auschwitz verloren. Kaum daß er aus einem Zwangsarbeitslager der Nazis freigekommen war, inzwischen Student und CDU-Mitglied, wurde er Anfang August 1946 als „Spion“ verhaftet, für vier Jahre in das ehemalige KZ und nunmehrige Speziallager Sachsenhausen verbracht und nach weiteren fünf Jahren Haft in Torgau völlig unterernährt und mit offener Tbc entlassen.

Zweitens: Stalins verschärfter Regierungsantisemitismus, die Neuauflage der Komintern und Titos Abfall führten auch in der SBZ/DDR zu einer Blütezeit des Stalinismus. Dieser Zeitabschnitt, der Anfang 1948 ziemlich unvermittelt einsetzte und bis zu Stalins Tod 1953 währte, ist eine Phase, in welcher der unechte Antifaschismus zur Staatsdoktrin wurde und wirkliche Antifaschisten eliminiert wurden.

(Dieses etwas kraß gezeichnete Muster darf nicht übersehen machen, daß es – auf konkrete Personen bezogen – manche Positionen gab, die sich nicht ausschließlich in ein Entweder-Oder-Schema pressen ließen).

Der Ausdruck „Antifaschismus“ wurde der jungen DDR und ihrer Bevölkerung von außen quasi „übergestülpt“, ohne daß eine Begriffsklärung erfolgte.

Vorangegangen war, daß das Wort Nationalsozialismus durch „Faschismus“ ersetzt wurde. Damit sollte vor allem darüber hinweggetäuscht werden, daß Hitlers Bewegung von der Zielsetzung her eine sozialistische Komponente besitzt; außerdem hätte es eine ständige Parallele zum Terminus „Sozial-Nationalismus“ gegeben, mit dem Lenin 1922 Stalins Vorgehen im okkupierten Georgien charakterisiert hatte.

8 Zit. bei M. Djilas: Gespräche mit Stalin, Frankfurt am Main 1962, S 146

Ebenso wurde jede Diskussion um einen wissenschaftlichen Faschismus-Begriff ängstlich vermieden, weil sämtliche Kriterien auch auf „Stalinismus“ anwendbar gewesen wären. (In der Literatur ist vielfach belegt, daß Stalinismus-Opfer ihre Peiniger als Faschisten begriffen<sup>9</sup>; und der sowjetische Historiker Arkadi Waksberg sagt, daß die am 28. Oktober 1941 bei Kuibyschew liquidierten Generäle der Roten Armee „Opfer des Faschismus, allerdings unseres eigenen“ wurden.<sup>10</sup>)

Zwischen 1948 und 1953 wurde der Kampfbegriff „Antifaschismus“ (unter außenpolitischem Aspekt) zum Schrittmacher sowjetischer Expansionspolitik und innerhalb der SBZ/DDR – zum Zwecke ihrer totalen Stalinisierung – zur Integrationsideologie und zum Herrschaftsinstrument in den Händen der führenden Kaste.

Logischerweise wurden in diesen wenigen Jahren weitaus mehr überzeugte Nazigegner ihrer Freiheit (auch ihres Lebens) beraubt als in allen anderen Jahren der Existenz der SBZ/DDR zusammengenommen, nach meinen Unterlagen 56,7 Prozent.

Der jüdische Anteil lag mit 62,3 Prozent noch höher. Rigoros wurden vor allem Westemigranten ausgeschaltet, weil sie ein von Toleranz und Weltoffenheit geprägtes Demokratieverständnis erfahren hatten und gegenüber der Gruppe der „Moskowiter“ eine programmatische Alternative besaßen (siehe insbesondere P. Merker: Was wird aus Deutschland? Mexico 1943).

Es gehört zu den scheinbaren Widersinnigkeiten der Weltgeschichte, daß Hitlerismus und Stalinismus, nachdem aus den Freunden von 1939 die Todfeinde von 1941 geworden waren, sich immer mehr anglichen. Dieser Prozeß erreichte 1943 seinen Abschluß, als im Feuer von Stalingrad sich das Ende des nationalsozialistischen Regimes ankündigte. Indem sich der Sieg der Völker in einen Triumph Stalins verwandelte, wurden das deutsche und das sowjetische System, die einander scheinbar entgegengesetzt waren, einander immer ähnlicher, glitt Stalins Regime in eine höhere Stufe antisemitischer Barbarei hinab. Ich kann an dieser Stelle nur darauf verweisen, daß dieses Problem in Wassili Grossmans autobiographischem Roman „Leben und Schicksal“ (München/Hamburg 1984) in beklemmender und überzeugender Weise gestaltet wird.

Für unser heutiges Thema bleibt festzuhalten, daß Stalins Antisemitismus seit 1948 voll auf Budapest, Sofia, Bukarest, Prag, Warschau und Ostberlin

<sup>9</sup> Siehe u. a.

L. Rapoport: Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin 1992, S. 150  
M. Stark (Hg.): „Wenn Du willst Deine Ruhe haben, schweige“

Deutsche Frauenbiographien des Stalinismus. Essen 1991, S. 105

M. Zalcman: Als Mosche Kommunist war. Die Lebensgeschichte eines jüdischen Arbeiters in Polen und in der Sowjetunion unter Stalin. Darmstadt 1982, S. 226

<sup>10</sup> A. Waksberg: Gnadenlos. Andrei Wyschinski-Mörder im Dienste Stalins. Bergisch-Gladbach 1990, S. 321

überschwappte – in Polen und Ostdeutschland infolge besonderer historischer Bedingungen in abgeschwächter Form, aber schlimm genug.

Zu den vielen jüdischen Antifaschisten, die während dieser Phase im Zusammenspiel zwischen Funktionsträgern des originalen sowjetischen und des epigonalen deutschen Stalinismus politisch ausgeschaltet (d. h. inhaftiert und/oder deportiert), teils auch physisch vernichtet wurden, gehören Leon Anusiewitz, Hannelore und Paul Baender, Fritz Behrendt, Paul Bertz, Ilse-Ruth Bubner, Lex Ende, Rudolph Feistmann, Heinrich Fried, Erica Glaser-Wallach, Bruno Goldhammer, Peter Heilmann, Albert Kirsch, Leon Löwenkopf, Paul Merker, Herbert Meyer, Wolfgang Natonek, Fritz Rosenbaum, Hans Schmidt, Hans Schrecker, Bernhardt Steinberger, Rudolf Zuckermann u. a.

(Bezüglich des in einem Waldheim-Prozeß als „Hauptkriegsverbrecher“ zum Tode verurteilten und am 4. November 1950 hingerichteten Berliner Juweliers Heinrich Koplowitz bedarf es weiterer Untersuchungen. Als sicher kann gelten, daß sechs andere in „Waldheim-Prozessen“ Angeklagte, welche im bearbeiteten Schrifttum Erwähnung finden, als ausgewiesene Gegner und Opfer des Naziregimes schuldlos verurteilt wurden).

Ein Name aus obigen Listen kann für viele stehen:

Als Leo Bauer im August 1950 verhaftet wurde, trug er das Abzeichen der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ im Knopfloch und sein Hauptuntersuchungsführer war, wie viele andere seiner Vernehmer, ein ehemaliger Nazi, der „jetzt genauso Befehlen Folge leistete, wie er es vorher bei der Liquidierung von Juden und Partisanen getan hatte“<sup>11</sup>. Weil Mielke persönlich sowie seine Leute ihm keine Schuldbekennnisse abpressen konnten, übernahmen erfahrene sowjetische Offiziere die Weiterbehandlung. Nach unmenschlicher physischer und psychischer Folter „gestand“ Leo Bauer, viele Jahre im Auftrag amerikanischer Nachrichtendienste Spionage betrieben zu haben. Ende Dezember 1952 bat er in seinem Schlußwort vor dem Lichtenberger Militärtribunal, man möge doch bedenken, daß er 50 Familienangehörige durch die Naziherrschaft verloren habe und der letzte seines Stammes sei. Davon unbeeindruckt verurteilten ihn sowjetische Offiziere, die ihn an jene SA-Leute erinnerten, welche ihn 1933 verhafteten und schlugen, zum Tode. Ein halbes Jahr wartete er in der Todeszelle des Moskauer Butyrki-Gefängnisses auf seine Erschießung. Dann erfuhr er von Stalins Tod und daß er zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt worden sei. Er wurde, wie er schrieb, „in das unendliche große Heer der Arbeitssklaven des angeblich ersten sozialistischen Staats der Welt eingereiht“<sup>12</sup> und im Herbst 1955 aus Ostsibirien entlassen.

Hinter jedem der anderen Namen verbergen sich ähnliche Schicksale, auf die hier einzugehen nicht der zeitliche Rahmen gegeben ist.

11 L. Bauer: „Die Partei hat immer recht“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 27/1956, S. 412

12 Ebenda, S. 417

Mit dem Tod des Diktators war der Spuk mit einem Schlag vorbei. Kurz vor dem Abgang des Tyrannen wurde (am 21. Februar 1953) die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ als unzuverlässig aufgelöst. Ihre Mitglieder durften fortan den Beinamen „Opfer des Faschismus“ tragen.

Drittens: Die Phase zwischen 1954 und 1960 ist – in bezug auf unser Thema – einerseits dadurch gekennzeichnet, daß die herrschende Kaste mit verbalen Mitteln versucht, sich aus Stalins geistiger Nähe zu rücken, insbesondere nach dem historischen XX. Parteitag der KPdSU (1956).

Andererseits nutzt eine Bewegung „von unten“, angeführt von Persönlichkeiten des Geistes- und Kulturlebens, das in der Sowjetunion einsetzende politische „Tauwetter“ aus, um in der DDR eine Lockerung der verkrusteten Strukturen zu erreichen.

Am verordneten Faschismus/Antifaschismus-Bild ändern sie nichts. Noch nicht.

Bewährte Kämpfer gegen den Nationalsozialismus werden in altbewährter Manier behandelt, d. h. verhaftet und danach für Jahre sicher verwahrt: Das Ehepaar Steiner 1954; Janka und Steinberger, welcher erst ein Jahr zuvor aus dem sibirischen Workuta nach Leipzig heimgekehrt war, 1956; Wolf und Zöger 1957, Crüger und Saar 1958.

Inge und Karl Steiner (beide bis 1933 SPD-, danach KPD-Mitglieder) wurden 1936 als Angehörige der Widerstandsgruppe Hörnle zu je zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Noch 1954, als man sie erneut in Haft nahm, wurden sie als vorbestraft geführt. Ilse Steiner hatte sich als Mitglied eines Prüfungsausschusses geweigert, Willi Stoph, dessen politischen Werdegang sie kannte, als Nazi-Opfer anzuerkennen.

Offiziell wurden Ilse und Karl Steiner beschuldigt, „Propaganda für den Faschismus“ betrieben zu haben<sup>13</sup>.

Viertens: Für die drei Jahrzehnte zwischen 1961 und 1989 versagt meine Statistik ihren Dienst – eine neue, jüngere Generation war herangewachsen und trat das Erbe der Mütter und Väter an.

Von 1961 an wird der „antifaschistische“ Schutzwall für viele lange Jahre zum Zentralbegriff der auf ihre Macht besessenen, immer unglaubwürdiger agierenden Wandlitzer Führungsgruppe. Aber die Zahl derer, welche die Mauer mit dem Attribut „antifaschistisch“ schmücken, sinkt von Jahr zu Jahr. Die Kluft zwischen Wandlitz und dem Rest der DDR wird immer größer, so daß schließlich auch der einigende Kitt nicht mehr hält. Der unechte Antifaschismus-Begriff, auf ewige Dauer angelegt, verliert zunehmend seine integrative Wirkung.

<sup>13</sup> Vgl. G. Furian: Mehl aus Mielkes Mühlen. Schicksale politischer Verurteilter. Berlin 1991, S. 278 f.

Eine logische Folge: Mitte der 80er Jahre nehmen Aktivitäten von Neonazis in der DDR auf erschreckende Weise zu (1987 Überfall von Nazi-Skinheads auf die Berliner Zionskirche u. a.).

Eine Konsequenz auf beide Erscheinungen ist die Gründung autonomer Antifa-Gruppen Ende der 80er Jahre.

Aber bereits vorher – mit zunehmender Spaltung aller Bereiche und Schichten der DDR-Bevölkerung in unbelehrbare Stalinisten und Oppositionelle bzw. Reformer – hatte eine kritische Sicht auf die eigene Geschichte und damit auf die Geschichte der Sowjetunion eingesetzt. (In diesem geistigen Umfeld wuchs meine Dokumentation über die Opfer der Stalin-Diktatur bis Frühjahr 1987 auf 1.700 an. Im Herbst 1989 waren es fast 5.000. Mitte 1987 setzte ich ein 100seitiges Traktat über die Verbrechen des Stalinismus mit dem Titel „Lenins Erben“ in Umlauf.)

Mit der Diskussion um Abuladses Film „Die Reue“ (ZDF), in dem Mussolinis, Hitlers und Stalins Diktaturen gleichgesetzt wurden, rückte der nicht-stalinistische Faschismusbegriff wieder in das Bewußtsein von immer mehr Bürgern der Ex-DDR. Es gab nicht mehr viele, die zurück zu Stalin wollten und die chinesische Lösung bejahten. Daß die antistalinisch-demokratische Umwälzung im Oktober 1989 friedlich verlief, ist nicht zuletzt auch diesem Umstand zu verdanken.

## Anlage

### Wradzidlo, Georg

(1919–1959)

Oberleutnant der Wehrmacht

1944 KZ Buchenwald (wegen Teilnahme am 20. Juli);

nach dem Krieg Medizinstudent an der Berliner Uni, Leiter der CDU-Studentengruppe

Er wurde, zusammen mit M. **Klein**, W.-A. **Probst**, G. **Resch** und zwei anderen wegen angeblicher „geheimer faschistischer Tätigkeit, Aufbewahrung von Waffen und anderer Verbrechen gegen die Besatzungsbehörden“ verhaftet (vgl. Tägliche Rundschau vom 28.3.1947). Er wurde am 13.3.1947 mit 10 Kommilitonen wegen seines Widerstandes gegen die führende Rolle der SED verhaftet, am 13.12.1948 vom SMT Lichtenberg als „Spion“ zu 25 Jahren ZAL verurteilt, nach Sachsenhausen, Bautzen und Brandenburg

verbracht und am 13.10.1956 entlassen. Er ging in den Westen, wurde Assistenzarzt und starb durch einen Autounfall.

### **Hinweis:**

Obiges Informationsblatt ist Bestandteil einer 1961 begonnenen Kartei, welche gegenwärtig 27.364 Stalinismus-Opfer umfaßt, unter ihnen 3.112 Juden und 3.721 Bürger der SBZ/DDR. Der letzten Gruppe gehören auch 210 Personen an, die – wie G. Wradzidlo – Opfer des Nationalsozialismus waren und Opfer des Stalinismus wurden.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herr Dr. Fippel recht herzlichen Dank für Ihre jahrelange Arbeit und ich möchte Ihnen danken, auch wenn es mir schwer fällt, für Ihre Informationen zum Terror und für Ihre Auflistung des Grauens. Ich glaube, das gehört zu dem Thema einfach mit dazu. Ich bitte jetzt Herrn Prof. Dr. Manfred Wilke aus Berlin, uns zum Thema „Der instrumentelle Antifaschismus der SED und die Legitimation der DDR“, seine Gedanken und Informationen mitzuteilen. Ich bitte um die abgesprochene kurze Fassung.

### **Prof. Dr. Manfred Wilke:**

These I

**Der Antifaschismus war die glaubwürdigste Legitimation der DDR als deutscher Teilstaat; dies zeigte sich am Ende der SED-Diktatur im Herbst 1989: Die Versuche der Bürgerbewegung und der DDR-Intelligenz, nach dem Fall der Mauer ihren Staat als reformierte, sozialistische Alternative zur Bundesrepublik Deutschland zu behaupten, erfolgten mit dem Rückgriff auf die antifaschistischen Ideale.**

Antifaschismus, Frieden und Sozialismus waren die zentralen Leitbilder, mit denen die SED ihre diktatorische Herrschaft legitimierte. Bei aller Kritik an den Zuständen in der DDR: der Widerstand gegen den Nationalsozialismus verschaffte selbst Männern wie Walter Ulbricht und Erich Honecker weit über die Anhängerschaft der SED hinaus Autorität und Respekt.

Am 4. November 1989 versammelten sich Hunderttausende auf dem Berliner Alexanderplatz, um die Reform der SED-Herrschaft einzufordern. Erich Honecker war als SED-Generalsekretär bereits gestürzt. Der Schriftsteller Christoph Hein würdigte auf dieser größten Massenkundgebung der Demokratiebewegung in der ehemaligen DDR die antifaschistischen Verdienste des gestürzten Diktators: „Dieser Mann hatte einen Traum, und er war bereit, für diesen Traum ins Zuchthaus zu gehen. Dann bekam er die Chance, den Traum zu verwirklichen. Es war keine gute Chance, denn der besiegte Faschismus und der übermächtige Stalinismus waren dabei Geburtshelfer. Es entstand eine Gesellschaft, die wenig mit Sozialismus zu tun hatte.“<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Initiativgruppe 4.11.1989 (Hg.): Dokumentation zur Ausstellung der „Initiativgruppe 4.11.1989“ im Museum für deutsche Geschichte, Berlin-Ost und im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, Bonn 1990, S. 56